

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kinder,
Jugendliche und Familien
am Montag, dem 28.11.2011, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C4.26)**

**Beginn: 15:05 Uhr
Ende: 15:40 Uhr**

Seite

I. Öffentlicher Teil

1. Beratung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2012 **150/2011**
2. Bundeskinderschutzgesetz zum 01.01.2012 **151/2011**
3. Jugendamtselternbeirat für das Kindergartenjahr 2011/2012 **149/2011**

Anwesend:

Vorsitz
Luster-Haggeney, Rudolf
Ausschussmitglieder
Arnkens-Homann, Dagmar
Birkhahn, Astrid
Blömker-Stockmann, Maria
Brockmann, Dagmar
Dirkorte-Kukuk, Susanne
Lindstedt, Cornelia
Pinnekamp, Ursula
Rüting, Wolfgang
Schmal, Ferdi
Schulte, Stephan
Spanke, Michael
Strübbe, Robert
Wartala, Franz-Jörg
Wördemann, Christiane
stellv. Ausschussmitglieder
Böhm, Holger
Börger, Heinz Dr.
Nienkemper, Dorothea
Strecker, Rita
Topp, Ralf
von der Verwaltung
Funke, Stefan Dr.
Kleier, Ulrike
Middendorf, Anne
Röttger, Kirsten

Es fehlten entschuldigt:**Ausschussmitglieder**

Behring, Herwig

Fiedlers, Nils

Flötotto, Helmut

Gericke, Olaf Dr.

Horstmeyer, Heinz

Jaworski, Monika

Kost-Ateser, Annegret

Laufkötter, Martina

Schulte, Gabriele

Herr Luster-Haggeney eröffnet um 15:05 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien mit Einladung vom 27.10.2011 form- und fristgerecht eingeladen worden ist.

I. Öffentlicher Teil**1. Beratung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2012****150/2011**

Der Vorsitzende gibt den Ausschussmitgliedern ausreichend Gelegenheit zur Aussprache und Nachfrage.

Auf die Nachfrage von Frau Birkhahn antwortet Herr Rüting, dass das Cafe Kinderwagen ein eigenständiges Angebot im Rahmen der Frühen Hilfen sei und durch das Jugendamt umgesetzt werde.

Frau Arnkens-Homann erscheint der Ansatz im Produkt 060230 in Höhe von 13.000 € für die Förderung außerbehörlicher Vormundschaften gering. Herr Rüting erläutert, dass die Mittel für die Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts benötigt werden. Das Gesetz gelte bereits jetzt, die Fallzahlenobergrenze von max. 50 Vormundschaften erst ab 01.07.2012. Dem Jugendamt stehe es frei, Vormundschaften an freie Vereine abzugeben. Die Bezahlung erfolge nach dem Gesetz über die Vergütung von Vormündern und Betreuern. Anfang 2012 werden die Verhandlungen mit den freien Trägern aufgenommen. Herr Dr. Börger ergänzt, dass die Verträge dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Auf den Hinweis von Frau Lindstedt erläutern Herr Rüting und Herr Dr. Funke, dass in der endgültigen Fassung die Erläuterung zu dem Produkt 060310 angepasst werde. Für stationäre Eingliederungshilfe seien 680.000 € geplant worden. Im Vorbericht auf Seite V 47 würde die korrekte Zahl stehen.

Frau Middendorf berichtet über den geplanten Belastungsausgleich des Landes für das letzte beitragsfreie Kindergartenjahr. Nach einer akuten Mitteilung des Landkreistages will das Land nun eine gesetzliche Regelung schaffen. Nach einer ersten Einschätzung werde der Einnahmeausfall nicht vollständig gedeckt. Für den Haushalt 2012 bestehe ein Defizit von rd. 300.000 €. Herr Dr. Funke wird den Landkreistag darüber informieren, dass die Finanzierung nicht auskömmlich sei. Herr Dr. Börger bittet die Ausschussmitglieder sich für eine volle Kostenerstattung einzusetzen.

Herr Dr. Funke berichtet, dass im Entwurf der Haushaltssatzung als Hebesatz für die Jugendamtsumlage 16,5 % genannt werden. Nunmehr liege die erste Modellrechnung des Landes vor. Die Finanzkraft der Kommunen sei besser. Daher reiche vermutlich ein Umlagesatz von 16,4 % aus.

Für Frau Arnkens-Homann zeigt die harmonische Diskussion, dass die Verwaltung gut aufgestellt sei. Die Finanzsituation dürfe keine Auswirkungen auf die Elternbeiträge haben, dies sei bereits im letzten Jahr kritisch diskutiert worden. Investitionen im Bereich Kindertagesbetreuung und für Frühe Hilfen und Schutz seien gut. Präventionsketten müssen aufgebaut werden, damit Kinder einen guten Start bekommen.

Frau Birkhahn begrüßt den massiven Ausbau in der Kindertagesbetreuung. Das Jugendamt sei gut aufgestellt, insbesondere in den Bereichen Frühe Hilfen und Schutz und Übergangsmangement. Sie hofft, dass die Maßnahmen bald Erfolg zeigen.

Beim Vorlesen des Beschlussvorschlages verweist Herr Luster-Haggeney auf die von Herrn Dr. Funke benannte mögliche Entwicklung der Jugendamtsumlage.

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf des Haushaltsplanes 2012 wird, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien gegeben ist, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

2. Bundeskinderschutzgesetz zum 01.01.2012**151/2011**

Herr Rüting erläutert, dass das Bundeskinderschutzgesetz am 25.11.2011 vom Bundesrat vorerst gestoppt worden sei. Ob und wann das Gesetz in Kraft trete, sei nicht absehbar.

Der Ausschuss wünscht eine Information zu dem Gesetz, wenn es tatsächlich beschlossen ist.

3. Jugendamtselternbeirat für das Kindergartenjahr 2011/2012 149/2011

Herr Rüting gibt Informationen zum neu gewählten Jugendamtselternbeirat und schlägt vor, dass sich die Vorsitzenden in der nächsten Ausschusssitzung vorstellen. Dies wird vom Ausschuss begrüßt.

Frau Birkhahn freut sich über das neue Gremium und findet gut, dass es einen Ansprechpartner speziell für die Belange behinderte Kinder gebe. Auf ihre Nachfrage erklärt Herr Rüting, dass Herr Mertins zur Mitarbeit beim Inklusionsprojekt in der Planungsgruppe Erziehung und Bildung eingeladen werden soll.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Herr Luster-Haggeney um 15:40 Uhr die Sitzung.

Rudolf Luster-Haggeney
Vorsitz

Dr. Heinz Börger
Schriftführer